

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 866 846 pohn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Ulrike Mehl MdB und Eckart Kuhlwein MdB zur Ratifizierung des Vertrags von Maastricht durch den Bundestag: Umweltpolitische Defizite in Europa überwinden.

Seite 1

Michael Müller MdB zum ökologischen Umbau der Gesellschaft: Chance für die Zukunft.

Seite 3

### Dokumentation

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin hat an Bundesinnenminister Rudolf Seiters appelliert, rechts-extremistische Musikgruppen zu verbieten. Sein Brief im Wortlaut.

Seite 6

47. Jahrgang / 232

2. Dezember 1992

### Umweltpolitische Defizite in Europa überwinden Zur Ratifizierung des Vertrags von Maastricht durch den Bundestag

Von Ulrike Mehl MdB und Eckart Kuhlwein MdB

I.

Die Fraktion der SPD hat zu Beginn der Beratungen des Vertrags von Maastricht festgestellt, die Europäische Union dürfe nicht an Deutschland und werde nicht an der SPD scheitern. Diese Festlegung hat unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland besondere Bedeutung gewonnen. Auf dem Boden einer verfehlten Politik und neuer nationalistischer Parolen ist rechtsradikaler Terror gewachsen. Wir wollen keinen Rückfall der Politik in den Nationalismus, und wir wollen denjenigen nicht Vorschub leisten, die die notwendige Debatte um den Vertrag von Maastricht für die Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut mißbrauchen. Wir stimmen aus grundsätzlichen innen- und außenpolitischen Gründen dem Vertrag zu. Unabhängig davon gibt es jedoch, ungeachtet einer Reihe von Fortschritten in der Zielsetzung und den Instrumenten, im Bereich der Umweltpolitik erhebliche Defizite, deren Beseitigung wir mit dieser Erklärung für die weitere europäische Politik einfordern.

II.

Die bisherige Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Fortschreibung zum Europäischen Binnenmarkt ist von Anfang an auf hohes quantitatives Wirtschaftswachstum und damit auf einen unverantwortlichen Ressourcenverbrauch ausgerichtet gewesen. Umweltpolitische Erfordernisse wurden lange Zeit überhaupt nicht berücksichtigt. Im Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie wurde und wird im Zweifel in der praktischen Politik der Gemeinschaft stets zugunsten eines expansiven Wirtschaftswachstums entschieden. Auch der Vertrag von Maastricht führt in dieser Grundsatzfrage zu wenig verbindlichen Veränderungen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit dem im Rekultivier  
Rezepte-Papier



III.

Der von der EG-Kommission in Auftrag gegebene "Task-Force-Bericht" über Umwelt und Binnenmarkt von 1990 kommt zu dem Ergebnis, daß ohne starken politischen Willen und ohne eine Neuorientierung der bisherigen Wirtschaftsformen der "schränkenlose Binnenmarkt mit einem schmutzigen Wachstum verbunden sein" wird. Es müsse befürchtet werden, daß die Chancen, die ökologischen Belange in die Regelungen des schrankenlosen Binnenmarktes mit einzubeziehen, vertan würden.

IV.

Der heutige Kenntnisstand reicht aus, um sicher zu wissen, daß unser Wirtschaftssystem und der darauf basierende Wohlstand in den Industriestaaten, die Welt in eine ökologische Katastrophe führen kann. Dieses Wissen wird heute von einer großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Sie hat begriffen, daß es lebensbedrohende, weiter wachsende Ozonlöcher und von Menschen gemachte Klimaveränderungen mit kaum vorstellbaren Folgen gibt. Sie wissen, daß der unwiederbringliche Verlust von Tier- und Pflanzenart ungebremst anhält, daß unser Trinkwasser, in einigen Regionen sogar dramatisch, knapp wird und außerdem zunehmend mit Schadstoffen belastet ist. Wir wissen, daß weltweit ungeheuer große Flächen durch falsche Nutzung unwiederbringlich verlorengehen, die wir angesichts der wachsenden Weltbevölkerung für Nahrungsmittelproduktion, aber auch für die Erhaltung natürlicher Lebensräume dringend brauchen.

V.

Da wir wissen, daß die Ursachen für die heute eintretenden ökologischen Schäden zum Teil Jahrzehnte zurückliegen, ist es höchste Zeit für eine grundlegende Wende in allen Politikbereichen, von Verkehrs- über Energie- bis Naturschutzpolitik, von Abfall- bis Wasserpolitik, von Landwirtschafts- bis Lebensmittelpolitik. Diese Chance ist mit dem Vertrag von Maastricht nicht genutzt worden, von einer dringend notwendigen ökologischen Effizienzrevolution ist nichts in Sicht. Zwar sieht der Vertrag von Maastricht im Vergleich zu den früheren Verträgen Verbesserungen für die Umweltpolitik in Europa vor, aber die basieren nach wie vor in erster Linie auf Reparaturdenken, nicht jedoch darauf, Umweltverträglichkeit und ökologische Effizienz zur Grundlage unseres Wirtschaftens zu machen. Bei den vorgesehenen Regelungen kann im übrigen keinesfalls davon ausgegangen werden, daß Europa jetzt auf einen, die Erde langfristig erhaltenden, neuen Weg einschwenken wird. Stattdessen bestimmen, wenn es um Konflikte im Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie geht, weiterhin Wirtschaft, Wachstum und Währung die europäische Entwicklung, der Umweltschutz bleibt dagegen schmückendes Beiwerk. Im Sinne dieses Denkens ist zu befürchten, daß er sogar häufig als unakzeptables Handelshemmnis verdrängt wird. Wir können nicht akzeptieren, daß die Umweltpolitik nur ein rhetorisches Feigenblatt bleibt. Vielmehr muß die Ökologie, das heißt eine dauerhafte Entwicklung im Gleichgewicht sozialer, ökonomischer und ökologischer Faktoren Leitlinie und Ziel der europäischen Politik werden.

VI.

Die politische Wirklichkeit spiegelt sich auch in, durch den Strukturfonds finanzierten, umweltzerstörerischen Großprojekten wider. Mangelnde ökologische Kenntnisse, schlechte Koordination der Verwaltungen und mangelhafte demokratische Entscheidungsabläufe lassen auch zukünftig häufige, katastrophale Mißgriffe befürchten.

VII.

In der Erkenntnis, daß Umweltschutz nur über Grenzen hinweg wirksam betrieben werden kann, erwarten wir, daß bei baldigen Verhandlungen zu einem Folgevertrag der Europäischen

Union die Weichen in Richtung auf eine dauerhafte Entwicklung gestellt werden, die die ökologischen Erfordernisse in die Vertragstexte und in das politische Handeln der Gemeinschaft integriert.

VIII.

Wir wollen ein geeinigtes Europa. Aber dieses Europa muß von einer ökologischen, demokratischen und sozialen Politik geprägt sein. Der Vertrag von Maastricht ist dafür noch keine ausreichende Grundlage.

(-/2. Dezember 1992/rs/ks)

\* Der Erklärung der beiden Autoren, die der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages zugestimmt haben, hatten sich bis Mittwoch morgen 34 weitere SPD-Bundestagsabgeordnete angeschlossen.

\*\*\*\*\*

**Chance für die Zukunft**  
**Zum ökologischen Umbau der Gesellschaft**

**Von Michael Müller MdB**  
**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Schwierigkeiten, mit denen heute im Zuge der deutschen Einigung Politik und Gesellschaft konfrontiert sind und die sich auch durch neue globale Herausforderungen verstärken, sind mit traditionellen Mitteln nicht mehr lösbar. Die sozialen und ökologischen Grenzen der bisherigen Wachstumspolitik werden in der zunehmenden Naturzerstörung ebenso deutlich wie in einer wachsenden sozialen Ungleichheit.

Die SPD sieht im sozial-ökologischen Umbau eine Leitlinie und Zielvorstellung ihrer Politik. Dieser fordert die Übernahme politischer Verantwortung für Reformen und die Zusammenführung unterschiedlicher Interessen im Gemeinwohl. Darin liegt die Chance, um aus der heutigen Stagnation der Gesellschaft und der Krise des politischen Systems herauszuführen. Die SPD grenzt sich mit diesem Reformverständnis sowohl gegenüber der weitgehend unbefriedigenden, der Schadensentwicklung hinterherlaufenden Umweltschutzpolitik der Bundesregierung ab wie auch gegenüber den Grünen, die ihre Politik auf Einzelfragen verengen. Beide Politikansätze sind nicht in der Lage, die Probleme zu lösen. Notwendig ist ein neuer Reformansatz, der soziale und ökologische Ziele zusammenführt.

Insbesondere die Politik der Regierungskoalition hat in den 80er Jahren die Fehlentwicklungen aus ideologischer Ignoranz gegenüber den Ursachen der sozialen und ökologischen Probleme verstärkt. Unter dem Druck anderer aktueller Probleme verliert nun auch die Umweltpolitik an Bedeutung. So wird die Umweltpolitik von der Bundesregierung nicht als Chance, sondern als Belastung gesehen. Dieser Einflußverlust in der Regierungspolitik wird auch daran deutlich, daß der Etatansatz des Umweltministeriums für 1993 mit 3,5 Prozent stärker gekürzt wurde als der aller anderen Ministerien. Bei keinem anderen Minister ist der Widerspruch zwischen großen Ankündigungen und kleinen Taten so groß wie bei Umweltminister Töpfer.

Der sozial-ökologische Umbau kann nicht in einer Politik erreicht werden, die nachsorgend oder statisch ist. Sie muß prinzipiell auf eine dynamische Entwicklung zur Verwirklichung eines "stabilen Vierecks" von wirtschaftlicher Innovationskraft, sozialer Stabilität, ökologischer Verträglichkeit und mehr Demokratie abzielen. Die absehbaren Zukunftsgefahren entstehen nicht naturgesetzlich, sondern weil die Entwicklung der Gesellschaft nicht gleichmäßig auf diesen vier Fundamenten aufbaut. Und hierbei gilt: Nur die Politik, die sich um diese Aufgabe kümmert, kann den Menschen Perspektiven und Sicherheit geben.

Die Umweltpolitik der Bundesregierung ist, wenn sie nicht, wie dies meist der Fall ist, bei Ankündigungen bleibt, zunehmend ineffektiv, teuer und unüberschaubar. Statt Schäden zu vermeiden, werden sie teuer behoben. Statt Anreize für ehrgeizige Umweltziele aufzustellen, erläßt sie immer mehr, aber in der Praxis wenig wirkungsvolle Vorschriften. Ihr fehlt die demokratische Transparenz, denn bei der Politik immer neuer Verordnungen wird das Parlament nicht unmittelbar beteiligt.

Das Ziel des sozial-ökologischen Umbaus ist eine "dauerhafte Entwicklung", die sich an der Gesamtheit der gesellschaftlichen Entwicklung orientiert und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Von daher muß die Politik den konstruktiven Ausgleich zwischen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen gestalten. Im Vordergrund einer derartigen Politik stehen vier Ziele:

- o **Definition des Gemeinwohls** (Sozialstaatsprinzip und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen);
- o **Rechtsstaatlichkeit** (Schutz der individuellen und kollektiven Rechte und Erweiterung der demokratischen Teilhabe);
- o **Verlässlichkeit für innovative Rahmensetzung** (Schutz vor Willkür und Förderung von Kreativität);
- o **gesellschaftliche Akzeptanz und Integration** (Entscheidungsfindung durch Dialog und Interessenausgleich).

Für die SPD ist der ökologische Umbau eine Gestaltungspolitik. Dazu muß es zu einer umfassenden Reform der gesellschaftlichen Strukturen kommen, die sich an folgenden Zielen orientiert:

1. Die **"ökologische Effizienzrevolution"**: Bei Energienachfrage, Wasserverbrauch, Flächennutzung, Gütertransportleistungen, Abfallaufkommen, Rohstoffverbrauch und Risikoniveau ist in der Bundesrepublik die Nutzungsproduktivität bei weitem nicht ausgeschöpft. Ein Vergleich mit anderen Industrieländern belegt, daß noch große, ungenutzte Einsparpotentiale vorhanden sind. Zum Beispiel beträgt das technisch bereits vorhandene, aber nicht genutzte Einsparpotential bei Energie rund 40 Prozent.

Das Ziel der ökologischen Effizienzrevolution muß die energiesparende, rohstoffschonende, abfallarme und kreislauforientierte Wirtschaft sein, die auch mit möglichst geringen Transportleistungen auskommt. Hierdurch läßt sich ein konstruktiver Interessenausgleich zwischen Arbeit und Umwelt herstellen. Eine höhere Materialproduktivität entlastet die Umwelt und schafft durch die dafür notwendigen Investitionen neue Werte und Arbeitsplätze.

Für dieses Ziel muß die Politik die Rahmensetzung schaffen: Durch ein modernes, zielorientiertes Ordnungsrecht, Minimierungsgebote und die schrittweise Internalisierung der ökologischen Kosten in die Preisbildung. Dann wird der technische Fortschritt in Richtung auf eine höhere Effizienz gelenkt, weil dieses Ziel zu einer festen Zielgröße der Technologieentwicklung wird, und werden die ordnungsrechtlichen Vorschriften, die heute starr, schwerfällig und immer weniger überschaubar sind, durch dynamische und ehrgeizige Umweltqualitätsziele ersetzt. Dadurch werden auch die ökonomischen Chancen in doppelter Hinsicht verbessert: Einerseits werden durch den Reduktionsdruck beim Materialeinsatz die betriebswirtschaftlichen Kosten für Energie, Rohstoffe und Entsorgung gesenkt und andererseits kommen verstärkt umweltverträglichere Produkte und Verfahren auf den Markt, für die national und international der größte Zukunftsbedarf besteht. Der wichtigste Ansatzpunkt ist eine Wende in der Energie- und Verkehrspolitik.

Diese Politik hat für die Bürger konkrete Vorteile: Sie werden zwar durch höhere Energiepreise belastet, aber sie erhalten durch die schnelle Verbesserung der öffentlichen Verkehrssysteme eine konkrete Gegenleistung. Und wenn sie sich umweltverträglich verhalten, bleiben die individuellen Mehrkosten begrenzt. Dies wird auch durch konkrete technische Vorgaben, zum Beispiel Normvorschriften für verbrauchsärmere Fahrzeuge, erleichtert und gefördert.

2. Eine **Ausweitung der Demokratie** durch größere Transparenz in den Daten (Datenzugangsrechte), eine Mitbestimmung der Gewerkschaften in ökologischen Fragen und, wie jetzt die IG Metall gefordert hat, eine Beteiligung von Umweltinteressen bei Unternehmensentscheidungen. Eine komplexe Gesellschaft wie die der Bundesrepublik ist für ihren Bestand und die Akzeptanz der Entscheidungen auf Gegenseitigkeit angewiesen. Dafür müssen aber die Voraussetzungen für die ökologischen Ziele, die heute geringe Durchsetzungschancen haben, verbessert werden. Dies setzt auch eine größere Pluralität bei Entscheidungen voraus, denn es muß zu demokratischen Auswahlmöglichkeiten kommen.
3. Der Weg in die **Nutzung der Sonnenenergie** und die ökologische Stoffwirtschaft muß konsequent gegangen werden. In den nächsten 15 Jahren muß der Anteil der Solarenergie auf mindestens zehn Prozent bei der Energieversorgung gesteigert werden. Für eine ökologische Stoffwirtschaft sind Ökobilanzen und Produktlinienanalysen notwendig, um durch Minimierungsgebote, Kreislaufführungen und Wiederverwertungen die Umweltbelastungen so gering wie möglich zu machen. Das Ziel ist eine niedrigenergetische und rohstoffschonende Wirtschaft.
4. Ein **neues Wohlstandsmodell**, das auf der Basis eines veränderten Lebens- und Wirtschaftsstile zu mehr ökologischer Selbstbegrenzung und mehr sozialer Gerechtigkeit fähig ist.

(-/2. Dezember 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Siegfried Vergin: Rechtsextremistische Musikgruppen verbieten

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin hat an Bundesinnenminister Rudolf Seiters appelliert, rechtsextremistische Musikgruppen zu verbieten. Sein Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Innenminister,

vor dem Hintergrund täglicher rechtsradikaler Gewalttaten und dem zunehmend auch öffentlich geäußerten Bekenntnis zu nationalsozialistischen, rechtsextremen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Einstellungen fordere ich Sie auf, unverzüglich gegen Musikgruppen vorzugehen, die in ihren Texten solche Taten und Gedanken verherrlichen. Solche Gruppen schaffen ein Klima, in dem Mord und Brandstiftung enttabuisiert und verharmlost werden, und so der Weg dahin bereitet wird.

Zu Ihrer Kenntnis lege ich diesem Schreiben eine Kassette der Gruppe "Tonstörung" sowie einen Textauszug aus dieser Kassette bei, die mir von der Jüdischen Gemeinde Mannheim mit der Aufforderung zum Handeln übergeben wurde. Die Jüdische Gemeinde selbst hat nach Beratung mit mir Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt. Der Textauszug ist nur ein winziger Ausschnitt aus dem "Repertoire", mit dem diese und andere Gruppen Jugendliche aufhetzen. Er allein genügt aber meiner Meinung nach als Begründung für ein Verbot der Gruppe.

Ich finde es unerträglich und beschämend, daß Texte, die ganz offensichtlich menschenverachtend und gewaltverherrlichend sind, immer noch in öffentlichen Veranstaltungen vorgetragen werden können und die entsprechenden Tonträger immer noch verkauft werden. Dies alles geschieht unter den Augen der staatlichen Organe und Repräsentanten. Niemand kann sagen, er wisse nichts von Gruppen und den Texten. Die Texte der Gruppen sind inzwischen in großer Zahl öffentlich gemacht worden, jeder kann sich darüber informieren. Das, was mir inzwischen bekannt geworden ist, läßt nicht den geringsten Zweifel daran, daß dringender Handlungsbedarf besteht. Nur ein entschiedenes Vorgehen in dieser Sache kann den Vorwurf entkräften, die Bundesregierung sei auf dem rechten Auge kurzsichtig oder sogar blind.

Es reicht nicht aus, die Texte auf den Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Erzeugnisse zu setzen. Wer zu Mord und Totschlag aufruft, wer den Nationalsozialismus verherrlicht, wer zu antisemitischen Handlungen anstiftet, der ist nicht nur jugendgefährdend, der ist ein Volksverhetzer, der ist ein Krimineller.

Wir können es uns nicht leisten, diesem Unwesen weiterhin tatenlos zuzusehen. Im Interesse unserer Demokratie und im Interesse unseres Ansehens in der Welt müssen endlich deutliche Zeichen gesetzt werden. Ich habe keinerlei Verständnis für zögerndes Vorgehen in dieser Frage. Eigentlich ist es schon zu spät, denn schon viel zu viele dieser Gruppen haben einen Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad erreicht, der schwer wieder rückgängig zu machen sein wird. Deshalb halte ich es auch für erforderlich, das Gespräch mit den "Fans" dieser Gruppen herbeizuführen, nach Möglichkeiten der Einflußnahme auf diese Jugendlichen zu suchen. Hier sind besonders die Verantwortlichen in der Bildungs- und Jugendpolitik gefordert.

Ich appelliere nochmals dringend an Sie, in enger Abstimmung mit dem Bundesjustizministerium, dem Ministerium für Frauen und Jugend und dem Bildungsministerium sowie den Ländern endlich aktiv zu werden.

\*\*\*\*\*

(-/2. Dezember 1992/rs/ks)